

Kleiner Parteitag
09.09.2006, Kiel

Beschluss

Zuwanderung – ein Mittel gegen Arbeitskräftemangel und Alterung unserer Gesellschaft

Vorab sei angemerkt, dass es hier nicht um einen Umbau des Asylrechts geht. Das bleibt von den nachfolgenden Überlegungen **unangetastet**.

Prolog:

Laut Enquetekommission wird (ohne Zuwanderung) bis 2050 ein Bevölkerungsrückgang auf 60 Mio. errechnet. Brüche wie Kriege, Hungersnöte, Epidemien usw. können hier keinen Niederschlag finden.

Mit Prognosen wird Politik gemacht und sie werden je nach Interessenlage vereinnahmt. Prognosen und Statistiken sind zwar als grobe Handlungsleitlinien für die Politik und die Wirtschaft zwingend notwendig, müssen aber stets skeptisch hinterfragt werden.

Das gilt auch für die aktuelle politische Diskussion um die Frage:

- „Brauchen wir wirklich 200 000 – 400 000 Zuwanderer pro Jahr, um die Alterung der Gesellschaft zu „mildern“?
- Ist es akzeptabel, Zuwanderer nur als einen unerschöpflichen Jungbrunnen für „Old Germany“ zu betrachten?
- Ist Deutschland als Magnet für qualifizierte ArbeitnehmerInnen attraktiv, und wenn ja, wird dieses auch noch in 30 Jahren gelten?
- Wie müssen wir unsere Gesellschaft gestalten, damit bei gesteigerter Zuwanderung keine gesellschaftlichen Verwerfungen entstehen?
- Wieso glaubt Deutschland, dass jährlich kontinuierlich 200 000 – 400 000 hoch qualifizierte junge Menschen in die BRD zuziehen wollen und werden?

Wichtig ist die Erkenntnis der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, dass Zuwanderung die Folgen des demographischen Wandels nicht aufhalten sondern unter

bestimmten Bedingungen nur mildern kann. Erfahrungsgemäß pendelt sich die Geburtenrate der Zuwanderer auf deutschem Niveau ein.

Um in Deutschland ein zukünftiges friedliches Miteinander der verschiedenen Kulturen zu gewährleisten, dürfen wir Zuwanderung nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachten. Wichtig ist es, die wirtschaftlichen, politischen, ökologischen, sozialen (Integration) und kulturellen Auswirkungen von Zuwanderung zu betrachten. Parallel dazu müssen aber die Fragen gestellt und diskutiert werden:

Bündnis 90/Die Grünen bekennen sich zu einem Weltbürgertum, um die Grund- und Menschenrechte zu sichern.

Politische Forderungen

Die demographische Entwicklung stellt uns vor noch nie da seine politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Sie kann eine Chance für eine umfassende Erneuerung des Staates und der Gesellschaft sein.

Um in der Situation einer älter werdenden Gesellschaft Solidarität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Generationen aufrecht zu erhalten, bedarf es verschiedener

Maßnahmen:

Insbesondere die Wirtschaft hat ein hohes Interesse daran, dass wir auch ab 2015 noch über ein ausreichendes Fachkräfteangebot verfügen Um dieses zu erreichen, müssen wir

- Deutschland als Einwanderungsland anerkennen und Zuwanderung aktiv gestalten
- allen Jugendlichen Bildungschancen ermöglichen
- die Erwerbstätigkeit von Frauen erleichtern
- Perspektiven für gut ausgebildete Menschen in Deutschland schaffen
- Legalisierung illegal eingewanderter Menschen und Integration in den legalen Arbeitsmarkt.

1. Um der Forderung der Wirtschaft nach Zuwanderung aufgrund des ab ca. 2015 prognostizierten Fachkräftemangels im qualifizierten Arbeitsbereich nachkommen zu können, muss Deutschland sich als Einwanderungsland akzeptieren und entsprechende politische Rahmenbedingungen schaffen. Unternehmen sind genauso wie die Gesellschaft verpflichtet, sich angemessen an den Kosten für Sprach- und

Integrationskurse zu beteiligen.

Grundlage für eine geregelte Zuwanderung ist, dass die Einhaltung der Arbeitsschutzrichtlinien in unserem Land für alle auch für alle zugewanderten Menschen gilt und überwacht wird.

Die Richtlinien zur Einwanderung müssen die sozialen, ökonomischen, die kulturellen sowie globalen Auswirkungen auf unsere Gesellschaft berücksichtigen. Wir wollen einen Ausländerbeirat in den kommunalen Parlamenten fest verankern; denn die Übernahme von Verantwortung stärkt die Verbundenheit mit der neuen Heimat und fördert die Integration.

2. Wenn Deutschland nicht alle Anstrengungen unternimmt, politisch und gesellschaftlich für Zuwanderer attraktiv zu bleiben, könnte sich der erwartete stetige Zuzug als Luftbuchung erweisen; zumal auch in anderen Ländern die Geburtenrate sinkt. Wir wollen, dass hoch qualifizierte junge Menschen in Deutschland einen Arbeitsplatz finden, damit sie aufgrund mangelnder Arbeitsangebote nicht abwandern **müssen**. Dazu gehört, dass die verkrusteten Einstiegsszenarien u. a. für den akademischen Nachwuchs reformiert werden.
3. Der vorhersehbare Fachkräftemangel macht es zwingend notwendig, allen Kindern und Jugendlichen, ganz besonders aber denen mit Migrationshintergrund, gleiche Bildungschancen zu ermöglichen. Es ist ein gesellschaftlicher Skandal, dass ca. 10 % aller HauptschülerInnen (aber 19 % MigrantInnen) die Schule ohne Abschluss verlassen und dadurch erhebliche Probleme haben, einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu bekommen.
4. Deutschland verfügt über ein großes Potenzial hoch qualifizierter Frauen, das von der Wirtschaft nur unzureichend ausgeschöpft wird. Die Wirtschaft kann es sich nicht mehr leisten, die vielfältigen Potentiale von Frauen ungenutzt zu lassen. Viele Unternehmen bieten deshalb schon heute ihren Beschäftigten die Möglichkeit zur besseren Balance von Familie und Beruf.

Unternehmen wissen inzwischen genau, dass sie bei der derzeitigen niedrigen Geburtsrate in Zukunft vor allem im Hinblick auf qualifizierte Arbeitskräfte große Probleme bekommen werden.

Frauen wollen mehrheitlich Kinder und einen Beruf, der ihren Vorstellungen und Fähigkeiten entspricht. **Noch nie hatten wir in Deutschland eine so gut ausgebildete**

Frauengeneration wie heute. Diese Realitäten in Verbindung mit Wünschen nach Familie und Kindern werden zwangsläufig zu einer veränderten, frauen- und familienfreundlicheren Unternehmenskultur führen müssen.

5. Ein Grund dafür, Deutschland als Einwanderungsland anzuerkennen ist der Arbeitskräftemangel, ein anderer Grund ist, dass die höchsten Kulturleistungen in Gesellschaften erbracht wurden und werden, die in kulturelle Vielfalt in friedlicher Koexistenz leben. Deshalb ist es zwingend notwendig, einen gesellschaftlichen Konsens über die Anerkennung der freiheitlichen, demokratischen Gesellschaftsordnung von allen Zuwanderern nach Deutschland zu fordern.

6. Wir fordern die Legalisierung illegal eingewanderter Menschen und die Integration in den legalen Arbeitsmarkt. Damit wollen wir MigrantInnen aus bestehenden illegalen Arbeitsverhältnissen heraus helfen und Ihnen eine Chance auf Integration in die Gesellschaft und in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen. Nicht nur die Wirtschaft sondern auch die Gesellschaft profitieren von legalen Beschäftigungsverhältnissen und einer zukünftig dringend benötigten Verbreiterung des Arbeitskräftepools.